

06.08.2019

Niederschrift 001/2019

Kreistag

am 26.02.2019 | Aula Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna

Beginn 15:00 Uhr

Ende 16:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Michael Makiolla

Kreistagmitglieder SPD

Herr Martin Blom

Frau Angelika Chur

Frau Brigitte Cziehso

Frau Martina Eickhoff

Herr Norbert Enters

Herr Jens Hebebrand

Herr Udo Holz

Frau Christine Hupe

Frau Renate Jung

Herr Jürgen Kerl

Herr Dirk Kolar

Frau Ingrid Kroll

Herr Sascha Alexander Kudella

Frau Ursula Lindstedt

Herr Dieter Mendrina

Herr Gerd Oldenburg

Herr Hans-Jörg Piasecki

Herr Theodor Rieke

Frau Renate Schmelzter-Urban

Herr Jens Schmülling

Herr Heinz Steffen

Frau Margarethe Strathoff

Frau Simone Symma

Herr Martin Wiggermann

Herr Uwe Zühlke

Kreistagmitglieder CDU

Herr Carsten Böckmann

Herr Günter Bremerich

Herr Peter Dörner

Frau Annika Dresen

Herr Wilfried Feldmann
Herr Stefan Flick
Frau Claudia Gebhard
Herr Jan-Eike Kersting
Herr Dieter Kleinwächter
Herr Paul-Heinz Kranemann
Herr Helmut Krause
Herr Herbert Krusel
Herr Olaf Lauschner
Herr Gerhard Meyer
Herr Martin Niessner
Frau Martina Plath
Frau Ursula Schmidt
Herr Carl Schulz-Gahmen

Anwesend bis 16:25 Uhr | TOP 17

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert
Herr Herbert Goldmann
Frau Sandra Heinrichsen
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Marion Küpper
Herr Jochen Nadolski-Voigt
Frau Anke Schneider

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Frau Insa Bußmann
Herr Dieter Reichwald
Herr Werner Sell

Anwesend bis 16:00 Uhr | TOP 10

Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Kunibert Kampmann
Herr Helmut Rosenkranz
Herr Dr. Hubert Seier

Kreistagmitglieder FDP

Herr Dieter Albert
Herr Michael Klostermann

Kreistagmitglieder PIRATEN

Herr Ralf Schaefer

Kreistagmitglieder FW

Herr Helmut Stalz

Verwaltung

Herr Mike-Sebastian Janke
Herr Dirk Wigant
Herr Torsten Göpfert
Herr Ludwig Holzbeck
Frau Sabine Leißer
Frau Sengül Ersan

Kreisdirektor
Dezernent | Dezernat IV
Dezernent | Dezernat III
Dezernent | Dezernat II
Leiterin Stabsstelle Planung und Mobilität
Leiterin Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung
(Schriftführerin)

Abwesend:**Kreistagmitglieder SPD**

Frau Jasmin Beisenherz
Herr Bernd Engelhardt
Herr Hartmut Ganzke
Herr Herbert Ziegenbein

Kreistagmitglieder CDU

Herr Wilhelm Jasperneite
Frau Elke Middendorf
Frau Gabriele Richter

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Stephanie Schmidt

Kreistagmitglieder FDP

Herr Julius Will

Kreistagmitglieder PIRATEN

Herr Christian Roß

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 14.02.2019 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Herr Landrat Makiolla bedankt sich bei Herrn Herbert Goldmann für die 500ste Blutspende am vorherigen Tag im Kreishaus. Mit dieser gehört er bundesweit zu einer handvoll Menschen, denen es gelungen ist, in ihrem Leben so häufig Blut zu spenden. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|----------|--|
| Punkt 1 | | Bestellung einer Schriftführerin |
| | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | | |
| | 028/19 | Ersatzwahlen |
| Punkt 3 | | |
| Punkt 4 | 006/19/1 | Stellungnahme zum Aufstellungsverfahren des Regionalplans Ruhr |
| Punkt 5 | 007/19 | Stellungnahme zum Entwurf des Handlungsprogramms zur räumlichen Entwicklung der Metropole Ruhr |

- Punkt 6** 026/19 Bergkamen an die Schiene - Reaktivierung der Personenbeförderungsstrecke zwischen Dortmund, Bergkamen und Hamm - Nachmeldung für den ÖPNV-Bedarfsplan des Landes NRW und den Nahverkehrsplan Westfalen-Lippe des NWL;
Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 05.02.2019
- Punkt 7** Gesamtabschlüsse 2013 und 2014
- Punkt 7.1** 199/18/1 Abnahme der Gesamtabschlüsse 2013 und 2014 und Entlastung des Landrates
- Punkt 7.2** 030/19 Gesamtabschlüsse 2013 und 2014: Verwendungsbeschlüsse der Gesamtjahresergebnisse
- Punkt 8** 013/19 Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen 2018 / 2019
- Punkt 9** 001/19 Umweltzentrum Westfalen GmbH; Änderung der Nebenabrede
- Punkt 10** 020/19 Prüfung des Einbaus elektronischer Abbiegeassistenten
- Punkt 11** 027/19 Kostenübernahme Azubi-Ticket;
Antrag der FDP-Fraktion vom 05.02.2019
- Punkt 12** 019/19 Abberufung zweier Prüferinnen der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten
- Punkt 13** 029/19 Teilnahme des Hellweg Berufskollegs Unna am Schulversuch "Gestuffer Bildungsgang Berufsfachschule für Ingenieurtechnik" mit Beginn des Schuljahres 2019/2020
- Punkt 14** 226/18 Resolution des Kreistages zur Beibehaltung der Stichwahl bei der Landratswahl 2020;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.12.2018
- Punkt 14.1** 047/19 "Nicht EU-Bürger müssen Einwohner bleiben!";
Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2019
- Punkt 15** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen
- Punkt 15.1** Dank an Dezernent Wigant
- Punkt 15.2** Wahlkampagne des RVR

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 16 017/19 Oberbauerneuerung im Zuge der K19, Varnhöveler Straße zwischen Selm und Werne;
Vergabe des Auftrages

Punkt 17 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Punkt 17.1 Kommission zur Weiterentwicklung von Haus Opherdicke

Punkt 17.2 Sachstand Schloss Cappenberg

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung einer Schriftführerin

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Sengül Ersan zur Schriftführerin des Kreistages bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 3 028/19 Ersatzwahlen

Beschluss

Für die Dauer der verbleibenden Wahlperiode des Kreistages werden folgende Ersatzwahlen zur Entsendung in die aufgeführten Gremien vorgenommen:

| Gremium | Funktion | bisheriges Mitglied | neues Mitglied |
|---|----------------------------|----------------------------|-----------------------|
| Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH (VBU) Aufsichtsrat | ordentliches Mitglied | Heinz Appel | Mike-Sebastian Janke |
| Biologische Station Kuratorium | stellvertretendes Mitglied | Ludwig Holzbeck | Peter Driesch |

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

(ohne Mitwirkung des Landrates)

Punkt 4 006/19/1 Stellungnahme zum Aufstellungsverfahren des Regionalplans Ruhr

Erörterung

Herr Landrat Makiolla erläutert, dass Ziffer 1 des Beschlussvorschlages der Drucksache 006/19/1 dahingehend geändert werden solle, dass die Weiterleitung der Stellungnahme zur Aufstellung des Regionalplans Ruhr unter den Vorbehalt gestellt werde, dass keine wesentlichen Stellungnahmen aus den Städten und Gemeindef im Kreis Unna eingehen. Dem zugrunde liege, dass nicht alle Räte, die sich mit der Stellungnahme beschäftigen, getagt hätten. Diese Stellungnahmen sollten jedoch Berücksichtigung finden. Darüber hinaus verweist er darauf, dass der Tagesordnungspunkt 5 (Drucksache 007/19) inhaltlich ähnlich gelagert sei wie der Tagesordnungspunkt 4 (Drucksache 006/19/1), so dass die Diskussion zu beiden Punkten gemeinsam erfolgen könne. Die Abstimmung werde selbstverständlich getrennt erfolgen.

Das Wort erhält Frau Cziehso. Sie führt aus, dass Planung und alles, was damit zusammenhängt, zu den ständigen Begleitern der Kommunalpolitik gehörten. Es stelle sich nun die Frage, an welchem Punkt man mit der Stellungnahme stehe. Fest stünde, dass der Regionalplan die Kommunen bei ihrer Planung binde. Sie stellt die Wichtigkeit des Regionalplans dar, der aus Sicht der SPD-Fraktion die Grundlage für Lebensverhältnisse im Kreis Unna und die in ihm lebenden Menschen in verschiedenen Bereichen bildet. Ein konkretes Beispiel sei das Thema Bahnstrecke Bergkamen – Dortmund. Das lange Verfahren – immerhin rund acht Jahre – hätte sicherlich Vor- und Nachteile. Für Frau Cziehso überwiegen jedoch die positiven Aspekte, die sich heute im Entwurf ganz deutlich ablesen ließen:

Den Fachleuten, insbesondere aus den Verwaltungen, habe der umfassende Beteiligungsprozess viele Möglichkeiten, die Entwicklung aktiv und intensiv zu begleiten, gegeben

Die Verwaltungsvorlage des Kreises Unna gebe einen sehr guten Überblick, welche Themenfelder vom Regionalplan betroffen seien. Hierzu möchte sie insbesondere Frau Leißer und Herrn Kozik ganz ausdrücklich danken. Die Umsetzung liege anschließend bei der WfG Kreis Unna. Diesbezüglich sei sie überaus zuversichtlich. In der zukünftigen Umsetzungsphase sei zu überlegen, ob aufgrund der Heterogenität der Verbandsregion, Teilpläne zu erstellen seien. Die Ergänzung der Ziffer 1 des Beschlussvorschlages werde ebenfalls begrüßt. Auch die Vorlage zum Handlungsprogramm begrüße die SPD-Fraktion, so dass man den Verwaltungsvorschlägen zustimme.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Bremerich, dass trotz achtjährigem Vorverfahren ein Abschluss bei weitem noch nicht absehbar sei. Der zugrundeliegende Landesentwicklungsplan befinde sich im Änderungsverfahren, so dass davon auszugehen sei, dass auch der Regionalplan ein entsprechendes Verfahren zu durchlaufen habe. Auch Herr Bremerich bedankt sich ganz besonders bei Frau Leißer und Herrn Kozik für die arbeitsintensive Aufgabenwahrnehmung. Gerade für den Kreis Unna mit seiner hohen Arbeitslosenquote sei die Gewerbeflächenentwicklung überaus wichtig. Warum diese an Wohngebiete angrenzen, erschließe sich ihm jedoch nicht. Ansiedlung von Gewerbegebieten bedürfe einer Sicherheit, die nicht durch Einwendungen wegen Immissionen gefährdet werden dürften. Er begrüße die Änderung zu Ziffer eins und erklärt für die CDU-Fraktion Zustimmung.

Herr Goldmann nimmt Bezug auf die mediale Aufmerksamkeit und den damit zusammenhängenden Druck auf den Landeseinrichtungen. Er schließt sich dem Dank an die Verwaltung an. Die Vorlage sei sehr sachlich, ausgewogen und nehme insbesondere die Ansprüche der Raumordnung ausgesprochen ernst. Herr Goldmann bezieht sich auf die Äußerung des Herrn Bremerich. Er halte die Klarstellung, dass der Regionalplan kein Wirtschaftsplan sei, für geboten. Es werde verkannt, dass Nordrhein-Westfalen bundesweit den höchsten täglichen Flächenverbrauch verzeichne. Die anderen Bundesländer seien bei der Einschränkung weitergehender Nutzung durchaus weiter. Insgesamt halte man die Stellungnahme für fachlich sehr gut. Der

Beschlussvorschlag zum Handlungsprogramm (Drucksache 007/19) werde nicht mitgetragen, da diese eine Weigerung, die entsprechende Umlageerhöhung beim RVR mitzutragen, enthalte. Da nach seiner Kenntnis acht VertreterInnen aus dem hiesigen Kreistag in der RVR-Verbandsversammlung vertreten seien, wäre es für ihn zudem nicht nachvollziehbar, wie ausgeführt werden könne, dass die RVR-Verbandsversammlung ohne Abstimmung mit dem Kreis Unna Beschlüsse fasse. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde nach alledem entsprechendem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Herr Klostermann erklärt, dass die FDP-Fraktion trotz Kritik an der Stellungnahme zustimmen werde, da das Große und Ganze zustimmungsfähig sei. Seiner Auffassung nach seien alle Interessen zu berücksichtigen, hierzu gehöre auch Gewerbeentwicklung, so dass der Regionalplan neben anderem auch ein Wirtschaftsplan sei. Diesbezüglich wisse er, dass im Regierungsbezirk der Bezirksregierung Münster ein anderer Umgang erfolge.

Für die Linksfraktion erklärt Herr Sell, dass der Stellungnahme Zustimmung erteilt wird.

Herr Kampmann erklärt, dass der eingearbeitete Vorbehalt eine Zustimmung ermögliche, insbesondere unter Berücksichtigung der noch ausstehenden Stellungnahme der Stadt Lünen.

Nachdem Herr Stalz auf die Historie des RVR eingeht und das Verbandsgebiet umschreibt, erklärt er, dass er sich enthalten werde, da er an der einen oder anderen Stelle anderer Auffassung sei.

Beschluss

1. Vorbehaltlich der Berücksichtigung noch ausstehender wesentlicher Hinweise aus den Kommunen im Kreis Unna wird der Stellungnahme zur Aufstellung des Regionalplans Ruhr zugestimmt.
2. Der Landrat wird beauftragt, die Stellungnahme dem Regionalverband Ruhr mit Sitz in Essen zuzuleiten.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (1 Nein-Stimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 Enthaltung BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN, 1 Enthaltung (FW))

Punkt 5 007/19 Stellungnahme zum Entwurf des Handlungsprogramms zur räumlichen Entwicklung der Metropole Ruhr

Erörterung

siehe Punkt 4

Beschluss

1. Der Stellungnahme zum Entwurf des Handlungsprogramms zur räumlichen Entwicklung der Metropole Ruhr wird zugestimmt.
2. Der Landrat wird beauftragt, die Stellungnahme dem Regionalverband Ruhr mit Sitz in Essen zuzuleiten.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (7 Nein-Stimmen BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, 1 Enthaltung (FW))

Dem Landrat wird gem. § 116 GO NRW i.V.m. § 96 GO NRW sowie § 53 KrO NRW Entlastung erteilt.

2. Der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Gesamtabchluss des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2014 mit einer Bilanzsumme von 425.665.730,81 Euro und einem nicht durch Eigenkapital gedecktem Fehlbetrag von 33.528.705,71 Euro wird bestätigt.

Dem Landrat wird gem. § 116 GO NRW i.V.m. § 96 GO NRW sowie § 53 KrO NRW Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen

(ohne Mitwirkung des Landrates)

Punkt 7.2 030/19 Gesamtabchlüsse 2013 und 2014: Verwendungsbeschlüsse der Gesamtjahresergebnisse

Erörterung
siehe Punkt 7

Beschluss

Das Gesamtjahresergebnis 2013 i. H. v. -1.106.389,92 € wird auf der Aktivseite der Bilanz unter der Position „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgewiesen.

Das Gesamtjahresergebnis 2014 i. H. v. 2.089.631,31 € wird mit dem auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesenen „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ verrechnet.

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen

(ohne Mitwirken des Landrates) i

Punkt 8 013/19 Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen 2018 / 2019

Erörterung

Die Übersicht der Ermächtigungsübertragungen vom Haushaltsjahr 2018 in das Haushaltsjahr 2019 wird zur Kenntnis genommen.

Herr Kranemann kritisiert, dass im Sachgebiet Schwerbehindertenangelegenheiten die Einführung der E-Akten bis heute nicht umgesetzt worden sei. Diese Absicht hätte man bereits vor mehreren Jahren erklärt. Dezernent Göpfert erläutert, dass der Verzug dem Landessozialministerium NRW zuzuschreiben sei. Bei der Umsetzung sei die Kreisverwaltung von diesem abhängig.

Punkt 9 001/19 Umweltzentrum Westfalen GmbH; Änderung der Nebenabrede

Erörterung

Nachdem Herr Goldmann und Herr Enters feststellen, welche Erleichterung diese finanzielle Unterstützung für die Betroffenen darstellt, befürworten sie den Beschlussvorschlag ausdrücklich.

Beschluss

Den in der Anlage zur Drucksache 001/19 dargestellten Änderungen der Nebenabrede zum Gesellschaftsvertrag der Umweltzentrum Westfalen GmbH (UWZ) sowie der damit einhergehenden Erhöhung des Betriebskostenzuschusses wird zugestimmt.

Der Landrat wird beauftragt, das kommunalaufsichtliche Anzeigeverfahren einzuleiten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 10 020/19 Prüfung des Einbaus elektronischer Abbiegeassistenten

Erörterung

Landrat Makiolla teilt mit, dass es im Kreisausschuss eine Verfahrensvereinbarung gegeben habe. Er bittet Frau Schneider diese wiederzugeben. Frau Schneider erklärt, dass unter Zugrundelegung des vorgelegten Sachstandberichtes ein entsprechender Beschlussvorschlag für die Kreistagssitzung im März 2019 erarbeitet werden solle. Ein gemeinsamer Beschlussvorschlag wäre sehr wünschenswert.

Herr Enters bittet um Berücksichtigung der Angelegenheit im Rahmen des integrierten Sicherheitskonzeptes. Landrat Makiolla erklärt, dass er die Ausführungen dahingehend verstehe, dass aufgrund des in Aussicht gestellten Antrages die Drucksache 020/19 in den nächsten Kreistag und den zuständigen Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben vertagt werden solle. In diesen Sitzungen solle der in Aussicht gestellte gemeinsame Antrag zu der Drucksache 020/19 beraten und beschlossen werden.

Beschluss

Die Drucksache 020/19 wird in die Sitzung des Kreistages vom 26.03.2019 und den vorhergehenden zuständigen Fachausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben am 12.03.2019 verwiesen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 11 027/19 Kostenübernahme Azubi-Ticket; Antrag der FDP-Fraktion vom 05.02.2019

Erörterung

Landrat Makiolla erklärt, dass zu dem FDP-Antrag, der Inhalt der Drucksache 027/19 ist, ebenfalls eine Vertagung vereinbart worden sei und übergibt zunächst das Wort Herrn Klostermann.

Herr Klostermann erklärt, dass er mit dem Vorschläge zur Verfahrensweise einverstanden sei. Er halte dies insbesondere aus dem Grunde für sinnvoll, dass bis zum nächsten Sitzungslauf eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht hinsichtlich der Umsetzbarkeit vorliegen dürfte.

Beschluss

Die Drucksache 027/19 wird zur Beratung und Beschlussfassung in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben am 12.03.2019 und den Kreisausschuss am 25.03.2019 verwiesen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 12 019/19 Abberufung zweier Prüferinnen der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten

Erörterung

Landrat Makiolla erläutert die Drucksache 019/19.

Herr Kranemann wünscht, dass zukünftig die entsprechende Beschlussfassung vor der Abberufung erfolgt. Landrat Makiolla bittet um Verständnis, dass die Vorgehensweise sich aus zeitlichen Gründen nicht immer verhindern lässt.

Beschluss

1. Frau Jennifer Salzmann-Vogt wird mit sofortiger Wirkung als Prüferin der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten abberufen.
2. Frau Anke Möllmann wird mit sofortiger Wirkung als Prüferin der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten abberufen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 13 029/19 Teilnahme des Hellweg Berufskollegs Unna am Schulversuch "Gestufter Bildungsgang Berufsfachschule für Ingenieurtechnik" mit Beginn des Schuljahres 2019/2020

Erörterung

Frau Cziehso bedankt sich für die Innovation aller Berufskollegs, wenn es darum geht, neue Bildungsgänge für junge Menschen anzubieten.

Beschluss

Mit Beginn des Schuljahres 2019 / 2020 wird das Hellweg Berufskolleg Unna an dem Schulversuch „Gestufter Bildungsgang Berufsfachschule für Ingenieurtechnik (bautechnische, elektrotechnische oder maschinenbautechnische Assistentin/FHR; bautechnischer, elektrotechnischer oder maschinenbautechnischer Assistent/FHR)“ teilnehmen.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 14 226/18 Resolution des Kreistages zur Beibehaltung der Stichwahl bei der Landratswahl 2020;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.12.2018**

Erörterung

Der CDU-Fraktion, die grundsätzlich nicht an der Abstimmung über Resolutionen teilnimmt, wird die Gelegenheit gegeben, den Sitzungsbereich zu verlassen.

Landrat Makiolla teilt mit, dass zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vorliege, der die Ergänzung des Beschlussvorschlages um eine weitere Ziffer verfolge.

Herr Goldmann bedauert zunächst Nichtteilnahme der CDU-Fraktion an der Abstimmung, insbesondere, dass sich einer Meinungsäußerung entzogen werde. Weiter geht er auf die Einführung und Abschaffung der Stichwahl in den vergangenen Jahren ein. Das Ergebnis der Anhörung im Landtag sei, dass sich bis auf die kommunalen Spitzenverbände, die bekanntermaßen bestimmten politischen Lagern zuzuordnen seien, sämtliche weitere Beteiligte für die Beibehaltung der Stichwahl ausgesprochen hätten. Würde die Stichwahl abgeschafft, wäre das Bundesland Nordrhein-Westfalen das einzige ohne Stichwahlen. Unter demokratischen Gesichtspunkten sei dies nicht akzeptabel.

Frau Czieso teilt ebenfalls zunächst mit, dass sich die CDU-Fraktion der Diskussion entziehe.

Weiter erklärt sie, dass die Resolution insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass die Abschaffung der Stichwahl eine deutliche Schwächung der Legitimation der gewählten Hauptverwaltungsbeamten zur Folge hätte, unterstützt werde. Am vorherigen Tage habe sich ebenfalls ergeben, dass bei der Berechnung der für die Kommunalwahlen zugrundegelegten Einwohnerzahlen für die Einteilung der Wahlkreise, die Nicht-EU-BürgerInnen keine Berücksichtigung finden sollen.

Kommunalpolitik habe bei ihrer Arbeit alle Menschen zu berücksichtigen, so dass bei der Berechnung der für die Kommunalwahlen zugrunde liegenden Einwohnerzahlen auch alle Menschen zu berücksichtigen seien. Diesen Umstand berücksichtige der Ergänzungsantrag.

Herr Stalz erklärt, dass er für die Freien Wähler beide Anträge unterstützen werde. Dass der Resolutionsantrag von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stamme, verwundere ihn jedoch, da diese auch Befürworter der Einführung der Sperrklausel seien. Auch Herr Sell befürwortet die Anträge und macht auf einen Rechenfehler im Text der Resolution aufmerksam.

Beschluss

1. Der Kreistag spricht sich gegen eine erneute Abschaffung der Stichwahl bei der Wahl zum Landrat im Jahr 2020 aus.
2. Der Kreistag kritisiert ausdrücklich das intransparente Verfahren und mahnt eine angemessene Beteiligung und Anhörung der kommunalen Spitzenverbände, so wie es bei solchen grundlegenden Vorhaben üblich ist, an.
3. Der Kreistag lehnt grundsätzlich eine Änderung im Kommunalwahlrecht mit einem derart kurzfristigen Vorlauf ab, da eine verlässliche Planung sowohl für die Parteien als auch für potentielle Kandidat*innen in unzulässiger Form eingeschränkt wird.
4. Der Kreistag lehnt die von der Landesregierung geplanten Änderungen bei der Berechnung der Einwohnerzahlen für die Einteilung der Wahlkreise ab. Auch Nicht-EU Bürger müssen Einwohner bleiben!

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen

(2 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion)

**Punkt 14.1 047/19 "Nicht EU-Bürger müssen Einwohner bleiben!";
Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2019**

Erörterung

siehe Punkt 14

